

XI. Deutschland, die Araber und Israel

Die arabischen Staaten versuchten, die westdeutsche Außenpolitik von Anfang an auf allen möglichen Wegen zu beeinflussen. Als die Bundesrepublik 1955 erstmals eine unabhängige Außenpolitik führen konnte, unterhielt sie bereits Beziehungen zu fast allen arabischen Staaten, außer Saudi-Arabien. Die arabischen Staaten bildeten einen Block mit beträchtlichem politischen, wirtschaftlichen und territorialen Gewicht. Für die Bundesrepublik war die arabische Welt wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke in der UNO, als wichtige Komponente des islamischen Blocks und als Teil der Blockfreien von besonderer Bedeutung. Bonn war in jedem internationalen Forum auf den guten Willen der Araber angewiesen, vor allem aber bei Verhandlungen und Abstimmungen über deutsch-deutsche Angelegenheiten in der UNO. Damit verglichen war die einzelne Stimme Israels fast bedeutungslos. Sowohl der Westen als auch der Osten warben um die Gunst der Araber, und die Bundesrepublik mit ihren besonderen Interessen, ständig im außenpolitischen Wettstreit mit der DDR gelegen und latenter Feindseligkeit des Ostens ausgesetzt, suchte unter den arabischen Staaten nach möglichen Bündnispartnern. Die arabische Welt stellte Israel sowohl politisch als auch als Markt mit enormem Zukunftspotential in den Schatten. Den strategischen Vorteilen einer Allianz zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten sowie deren Eigenschaft als führende Erdölexporteure hatte Israel insbesondere auch angesichts der zunehmenden westdeutschen Abhängigkeit von nahöstlichen Energiequellen nichts entgegenzusetzen und hatte auch deshalb im Wettstreit mit den Arabern um Bonns Gunst einen schweren Stand.

Die Israelis wurden nicht müde, ihre westdeutschen Kollegen an die „Lektion des Luxemburger Abkommens“ zu erinnern, als die Bundesrepublik die arabischen Staaten zum Nachgeben gezwungen hatte. Auch die Araber hatten diese Niederlage nicht vergessen. Dennoch versuchten sie die Bundesregierung wiederholt von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Abkommen aufzukündigen oder die Lieferbeschränkungen nach dem Vorbild des westlichen Embargos gegen die Sowjetunion zu verschärfen. Eine solche Anpassung hätte einen Lieferstopp für Stahl, Fabrikmaschinen und andere Güter mit strategischem Potential bedeutet.¹ Der arabische Druck bezweckte zudem, Kontrolle über die Auswahl der im Rahmen des Schilumimprogramms nach Israel ausgeführten Güter zu erlangen, Änderungen in den Güterlisten zu erwirken, dafür zu sorgen, daß der Gesamtumfang der Bestellungen die Aufnahmekapazität Israels nicht überschreitet, und andere

¹ Vermerk des Ref. 308 über das Gespräch zwischen dem Syrischen Botschafter Fara mit v. Welck vom 30. 10. 1954; Vermerk des Ref. 308 über die Einwendungen des syrischen Vertreters Hamui, stellvertretend für alle arabischen Vertretungen vom 23. 11. 1954, PA, 210.01/E, Bd. 8.

einschränkende Vorkehrungen zu erreichen, die eine zumindest partielle arabische Kontrolle des Schilumimgüterflusses garantieren würden.²

Das Auswärtige Amt wies die arabischen Proteste zurück, verlangte Beweise für die Behauptungen der arabischen Seite und protestierte gegen die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Staates“.³ Trotzdem gingen die arabischen Proteste während des ganzen hier behandelten Zeitabschnitts weiter, zum Ärger aller Beteiligten und besonders der deutschen Vertreter, die oft bis zum Überdruß mit immer denselben Klagen konfrontiert wurden. Die in diesen Protesten zum Ausdruck gebrachte Bitterkeit und Enttäuschung blieb jedoch nicht ohne Wirkung auf die westdeutsche Diplomatie. Sie führte zu mehr Vorsicht bei der Zusammenstellung der Güterlisten, um späteren Protesten vorzubeugen, und zu Ermahnungen der Israelis, die Abmachungen genauer einzuhalten.

1. Arabische Boykottmaßnahmen

Der Kampf gegen die Schilumim war Teil des arabischen Wirtschaftsboykotts gegen Israel. Mit Boykottdrohungen versuchten die Araber, deutsche Firmen zu zwingen, israelische Bestellungen abzulehnen und Schilumimgüterlieferungen abzubrechen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der arabische Wirtschaftsboykott dem Kampf gegen den geheimen Güteraustausch zwischen Israel und arabischen Ländern. Handelsfirmen mußten anhand von Einfuhrpapieren beweisen, daß die Ware nicht aus Israel stammte.⁴ Telefunken, Siemens, M.A.N. und andere deutsche Firmen bekamen den arabischen Boykott direkt zu spüren. Erfolgreich war er vor allem bei Firmen mit Handelsbeziehungen mit arabischen Ländern oder mit einschlägigem ideologischem Hintergrund. Der arabische Wirtschaftsboykott bewirkte eine Spaltung des Marktes zwischen Firmen, die für Israel produzierten und keine arabischen Bestellungen erhielten und umgekehrt. Israel mied Firmen mit ausgeprägter NS-Vergangenheit und solche, die im Ruf standen, ehemalige Zwangsarbeiter schlecht behandelt zu haben.⁵ Mit allzu vorbelasteten Firmen wollte man keine Geschäfte machen.⁶ Deutsche Firmen, die den Handel mit Israel mieden, wurden von den Arabern bevorzugt und von Israel wiederum mit Sanktionen belegt.⁷ Oft handelte es sich dabei um Firmen, die den Arabern aus

² Das Politische Archiv ist voll von Eingaben arabischer Staaten.

³ Im Verlauf des Jahres 1954 reichten arabische Diplomaten im Auswärtigen Amt rund 25 Proteste ein: Notiz vom 7. 7. 1954; Vermerk von Dr. Josef Trütschler vom 29. 9. 1954; Mirrbach, Kairo, an das AA vom 29. 9. 1954; Dr. Frowein an Trütschler vom 5. 10. 1954; Aufzeichnung von Welcks vom 20. 10. 1954; Vermerk von Ref. 308 vom 23. 11. 1954, PA, 210-01/E, Bd. 8.

⁴ Bericht vom 16. 2. 1954, Nahum Shamir Private Papers.

⁵ Werner, Damaskus, an das AA vom 7. 8. 1961, PA, 1043, 708, 83.00, 92.19.

⁶ Shamir bestätigte, daß die Schilumimgesellschaft mit dem israelischen Geheimdienst zusammenarbeitete, der wiederum Forscher des Holocaust-Forschungs- und Gedenkinstituts Yad Vashem konsultierte: Nahum Shamir Private Papers.

⁷ Vermerk von Schirmer vom 6. 12. 1963, PA, B36, Nr. 42, 82.00, 92.19.

„ideologischen“ Gründen den Vorzug gaben, d. h. nicht an Juden verkaufen wollten. Es kam auch zu Versuchen, langjährige ausländische Handelspartner zum Boykott gegen Israel zu zwingen.⁸ Einer dieser Versuche, gegenüber deutschen Werften, scheiterte kläglich.⁹ Der Zustand der Werften in Hamburg, Bremen und Kiel war so schlecht, daß sich sogar die kommunistischen Werftarbeiter weigerten, den israelischen Bestellungen nicht nachzukommen.

Aus arabischer Perspektive war der Ausbau der israelischen Handelsflotte ein harter Schlag für die Wirtschaftsblockade gegen Israel. Unter dem Vorwand des Kriegszustandes mit dem jüdischen Staat erklärten die arabischen Staaten Fracht von und nach Israel als zu beschlagnahmende Konterbande. Dies führte zur Konfiszierung der Fracht auch deutscher Schiffe im Suezkanal. Während israelische Proteste offiziell zurückgewiesen wurden, räumte die deutsche Diplomatie in der internen Korrespondenz Fehler ein. Die Bundesrepublik erklärte sich in diesem Konflikt als neutral.¹⁰

Das Auswärtige Amt registrierte die verschiedenen Verstöße deutscher Firmen gegen den arabischen Boykott und erklärte, diese handelten auf eigene Verantwortung. Man war zwar bereit, Firmen vor Handelsbeziehungen mit Israel zu warnen, aber nicht auf Druck des arabischen Boykottbüros. Auch weigerte sich das Auswärtige Amt, dem arabischen Boykottbüro Listen von Firmen mit Handelsbeziehungen zu Israel zu übergeben.¹¹ Weniger couragiert reagierte die westdeutsche Diplomatie dagegen, als sie von Industriellen, die von irakischen Diplomaten schriftliche und mündliche Drohungen erhalten hatten, zum Eingreifen aufgefordert wurden, wie etwa im Schreiben des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen Berthold Beitz, an das Auswärtige Amt. Darin regte Beitz an, „die Tätigkeit des arabischen Boykottbüros [...] durch das Auswärtige Amt“ zu untersuchen, mit dem Ziel, derartige Eingriffe in die geschäftliche Tätigkeit „deutscher Gesellschaften in Zukunft zu verhindern“.¹² Das Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika wies die Klage von Beitz mit der Begründung zurück, der arabische Boykott richte sich gleichmäßig gegen alle, und jede Firma müsse selbst entscheiden, ob sie mit Israel Handel treiben wolle oder nicht.¹³ Das Referat meinte, größere Firmen hätten die Möglichkeit, den arabischen Boykott zu umgehen. Da die Araber argumentierten, daß man sich mit Israel im Kriegszustand befinde und die Schuld dafür dem jüdischen Staat zugeschoben wurde, sei die Bundesrepublik, so das Referat, gut bera-

⁸ Die Botschaft in Beirut an das AA vom 6. 1. 1954, PA, 210.01/E.

⁹ Zum Stapellauf der ersten Schiffe für Israel in deutschen Werften, der „Dagan“, „Yehuda“ und „Tapuz“ und „Israel“, das das erste Passagierschiff aus deutscher Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg war: Shinnar an Eytan vom 1. 9. 1954; Kenan an Eytan vom 4. 11. 1954; Shinnar an Najar vom 8. 3. 1955, ISA, 2418/1.

¹⁰ Interne Korrespondenz des AA vom 21.–27. 7., vom 17.–18. 8. und vom 2. 12. 1959, PA 708, 81.10/0, 92.19.

¹¹ Vermerk von v. Welck über ein Treffen mit dem irakischen Botschafter Saifulla Khandra vom 20. 5. 1954; Treutschler an Blankenhorn vom 9. 10. 1953, PA, 210.01/E, Bd. 8.

¹² Beitz, Essen, an Schneider vom 11. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

¹³ Vermerk von v. Keiser, Referat IB4, vom 28. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

ten, weiter an ihrer Neutralität festzuhalten und es grundsätzlich zu „vermeiden, zu diesen schwierigen Rechtsfragen Stellung zu nehmen“.¹⁴

Die Bundesregierung stand den Problemen des Boykotts nicht gleichgültig gegenüber. Die verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vertraten jedoch unterschiedliche Standpunkte. Offiziell beharrte die Bundesrepublik auf Neutralität im Nahostkonflikt, auch in Wirtschaftsfragen, einschließlich des arabischen Boykotts. Einige Ämter standen Israel jedoch positiver gegenüber als andere. Auch der Druck der Wirtschaftsvertreter auf die verschiedenen Regierungsämtter war nicht gleich stark. Der Boykott und die damit verbundenen Komplikationen wurden von der westdeutschen Beamenschaft im allgemeinen als lästig empfunden, doch nicht alle Beamten zogen daraus dieselben Schlüsse. Während die einen sich veranlaßt fühlten, die deutschen Interessen sowohl gegen die Israelis als auch gegen die Araber zu verteidigen, schätzten andere die Risiken des arabischen Wirtschaftsboykotts für die westdeutsche Wirtschaft als so groß ein, daß es sich ihres Erachtens nicht lohnte, dagegen anzukämpfen.¹⁵ Bei einigen Beamten diente die Neutralität als Vorwand für israelfeindliches Verhalten. Andere Beamte gelangten zur Einsicht, daß strikte Neutralität den Arabern in die Hände spiele.¹⁶

Ob feindselig oder „neutral“, beide Haltungen wurden von den Israelis als schädlich für ihre legitimen Interessen eingestuft. Der arabische Hinweis auf den Kriegszustand konnte durch ein Friedensangebot an die arabische Adresse zurückgewiesen werden. Der Boykott sei ein weiteres Zeichen blinder arabischer Feindseligkeit. Er widerspreche dem Buchstaben und dem Geist der Waffenstillstandsabkommen zwischen beiden Seiten und sei somit ein weiteres Hindernis zum Frieden. Der arabische Boykott, so die Israelis, schade Israel wirtschaftlich, und Neutralität sei folglich gleichbedeutend mit Unterstützung der arabischen Seite. Freihandel komme allen Parteien zugute, der Boykott dagegen behindere das freie Spiel der internationalen Märkte. Insbesondere schade er auch der Wirtschaft der arabischen Staaten, bremse das wirtschaftliche Wachstum und die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in den arabischen Ländern. Westdeutschen Vertretern, die hartnäckig an ihrem Standpunkt festhielten, wurde Voreingenommenheit vorgeworfen. Einmal mehr spielten irrationale Erwartungen mit: Die Israelis erwarteten von der deutschen Seite, die Interessen Israels zu verteidigen oder ihnen zumindest mit Verständnis zu begegnen. Daß die westdeutsche Wirtschaft auch eigene Interessen verfolgte, die nicht unbedingt mit den israelischen Interessen übereinstimmten, stieß in Israel kaum auf Verständnis, obwohl natürlich nicht jede deutsche Handlung a priori antiisraelisch war oder israel-

¹⁴ Vermerk des Ref. IB4 vom 20. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

¹⁵ Zum Zögern der Firma Krupp gegenüber israelischen Bestellungen aus Rücksicht auf das Geschäft in arabischen Ländern und zum Zögern der Firma Mannesmann hinsichtlich der Beteiligung am Aufbau einer Stahlindustrie in Israel: Aufzeichnung vom 19. 6. 1953, PA, 201–01/E, 92.19; Palgi an die Minister für Finanzen und Handel und Industrie vom 6. 6. 1957, ISA, 579/4.

¹⁶ Aufzeichnung vom 8. 8. 1960, PA, 1032, 708, 82.50, 92.19; Shinnar an Carstens vom 27. 5. 1963; ACDP, I-200–006/N, Handelskammer Hamburg an Bundeswirtschaftsminister Kurt Schicker vom 15. 1. 1965, PA, B36, Nr. 193, 184, 83.00–92.19.

lische Interessen bewußt verletzte. Der arabische Boykott führte wie erwartet zu einer Verschärfung der deutsch-israelischen Spannungen und stellte sich dabei als effektives Instrument gegen Israel heraus.

Die Araber versuchten, deutsche Finanzhilfe für Israel zu behindern oder ganz zu unterbinden. Dabei gingen sie davon aus, daß ohne deutsche Güterlieferungen, zu Geld umgewandelte Güter und direkte Finanzhilfe die israelische Wirtschaft nicht lebensfähig sei. Arabische Diplomaten forderten die Streichung oder Änderung bestimmter Artikel des Luxemburger Abkommens, um die Gewährung zusätzlicher Finanzhilfe zu verhindern. Öffentliche und private Kredite, aber auch geplante Umwandlungen von Güterlieferungen in Bargeld, langfristige Finanzhilfe und die auf der Grundlage der verschiedenen Opferkategorien – darunter auch Israelis – zugesprochene individuelle Entschädigung wurden von arabischer Seite aufs heftigste kritisiert. Jeder Pressebericht über deutsch-israelische Finanzverhandlungen löste umgehend eine arabische Protestwelle aus. Dabei spielte es keine Rolle, über welche Art von Kredit verhandelt wurde oder ob es gar nur um eine Hermes-Ausfuhrdeckung ging.¹⁷ Solche Proteste erzeugten oft Spannungen und führten nicht selten zur Annullierung bereits getroffener Vereinbarungen.¹⁸ Absatz 4b des Schilumimabkommens sah die Möglichkeit vor, Jahreskontingente in Barzahlungen umzuwandeln, etwa auf der Grundlage von ausländischen Anleihen an die Bundesrepublik. Doch die deutsche Seite war aus Furcht vor arabischen Reaktionen nicht bereit, diesen Paragraphen umzusetzen.¹⁹ Daran konnten auch israelische Bemühungen um eine solche Anleihe nichts ändern. Der langfristige Kredit, den Adenauer Ben Gurion beim Waldorf Astoria-Gipfel versprochen haben soll, verfiel in der Furcht vor arabischen Protesten.

Das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) mißfiel den Regierungen der arabischen Staaten besonders. Während einige arabische Staaten nicht in der Lage waren, zwischen dem BEG und dem Schilumimabkommen zu unterscheiden und das Gesetz schlicht als Schilumimergänzung betrachteten, fühlten sich auch jene Staaten zu Protesten veranlaßt, die sich des Unterschieds bewußt waren. Die Entschädigungszahlungen stärkten die israelische Wirtschaft zum Nachteil der Araber, hieß es. Das Geld könne zum Kauf von Waffen verwendet werden und verursahe Israel mit Fremdwährung, meinten arabische Vertreter und erinnerten

¹⁷ Verbalnote als Antwort auf die irakische Note vom 18. 7. 1959, PA, 708, 81.00–81.38, 92.19; Aufzeichnung vom 23. 8. 1954, PA, 708, 300.01/35, 92.19; Mublenhöver an das Referat 308 vom 27. 9. 1954; Aufzeichnung über ein Treffen zwischen Hallstein und Saifullah Khandan vom 9. 10. 1954, PA, 708, 210.01/E, Bd. 8; Shinnar an den Finanzminister vom 2. 6. 1954, CZA, Z 6/888.

¹⁸ Vgl. die Einwände des AA und der Bank deutscher Länder gegen einen Kredit aufgrund kollektiver Proteste der arabischen Staaten: Fernschreiben Shinnars an den Finanzminister vom 26. 8. 1954, ISA, 572/7b.

¹⁹ Aufzeichnung Welcks an den Staatssekretär und den Bundesminister vom 20. 1. 1958, PA, 708, 82.04, 82.19; Vermerk Harkort 1. 2. 1958, PA, 708, 82.04, 92.19; Dr. Frowein an Dr. Federer vom 10. 2. 1958, PA, 708, 82.04, 92.19; Akte „Policy toward the Near East“, National Security Council, Long Range U.S. Policy toward the Near East“, Eisenhower Library, White House Office, Box 32, OSANSA, NSC; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante, London, vom 2. 9. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/6; SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict, S. 91–92.

daran, daß israelische Flüchtlinge Anspruch auf Entschädigung hätten, während die arabischen Flüchtlinge weiter in Elend lebten. Die Araber hätten nichts gegen die Entschädigung von NS-Opfern einzuwenden, doch die Israelis täten in Wirklichkeit nicht anderes, als der Bundesrepublik Geld abzupressen. Die Entgegung der Bundesregierung, wonach das Recht auf Entschädigung für alle NS-Opfer gelte und nur ein Bruchteil der überlebenden Opfer sich in Israel niedergelassen hätte, beeindruckte die arabischen Kritiker kaum. Der Nachtrag zum BEG löste eine weitere Protestwelle aus.²⁰ Die Deutsch-Arabische Gemeinschaft, ein Verein zur Förderung der deutsch-arabischen Freundschaft, behauptete, die Swastikawelle sei ein bewußter Schachzug gewesen, um eine Vergrößerung der deutschen Kredite und der deutschen Entschädigung an den Staat Israel zu erreichen. Der Gründer der Gemeinschaft, Erwin Schöborn, war als Alt- und Neonazi bekannt.²¹ Der Kampf gegen die Gewährung finanzieller Erleichterungen an Israel war Teil des arabischen Wirtschaftskrieges gegen Israel auf deutschem Boden.

2. Die westlichen Alliierten

Die westlichen Alliierten und neuen Verbündeten der Bundesrepublik erkannten die Bedeutung der arabischen Sympathien für Deutschland, und die Vereinigten Staaten waren entschlossen, sie zum Vorteil des Westens auszunützen.²² Mittels westdeutscher Investitionen und westdeutscher Diplomatie hoffte man, den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten einzudämmen und dadurch die westlichen Interessen in der Region zu verteidigen. Die Bundesrepublik war sich bewußt, daß sie infolge der fehlenden kolonialen Vergangenheit im arabischen Lager großes Ansehen genoß, und machte dies ihren Konkurrenten im Westen und Israel gegenüber wiederholt deutlich. Das Auswärtige Amt wies Vorwürfe wegen diskriminierender Behandlung Israels mit dem Hinweis zurück, man führe nur aus, was die Alliierten verlangten.²³ Durch die Verteidigung westlicher Interessen im Nahen Osten verteidige die Bundesrepublik gleichzeitig auch Israel. Doch von solchem „Schutz“ wollte man in Israel nichts wissen. Der jüdische Staat war in Wirklichkeit Opfer eines alliierten Doppelspiels geworden: Bonn und Jerusalem

²⁰ Vermerk des AA vom 30. 6. 1956, PA, 708, 82.00–70, 92.19. In diesem Dokument sind sämtliche Proteste (sieben Proteste von Einzelstaaten, ein Kollektivprotest) gegen den Gesetzesnachtrag ausführlich zusammengestellt.

²¹ Vermerk des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über Erwin Schöborn (Mainz) vom 1. 12. 1960; Vermerk des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über die „Deutsch-Arabische Gemeinschaft“ vom 29. 12. 1961, PA, 708, 82.00–92.

²² Memorandum des National Security Council über die langfristigen Perspektiven des Nahostpolitik der USA vom 16. 1. 1958, Eisenhower Library, White House Office, OSANSA, Box 23, File Policy toward the NE; die amerikanische Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 3. 9. 1958, USNA, 662.80/9–358, Box 2658.

²³ Diesem Argument begegnet man in deutschen und amerikanischen Dokumenten oft. Vgl. zum Beispiel die westdeutsche Botschafterkonferenz in Istanbul vom 3.–7. April 1956; siehe auch Eisenhower Library, White House Office, OSANSA, Box 23, File Policy toward the NE, National.

erhielten offensichtlich widersprüchliche Signale. Eisenhower war in dieser Hinsicht besonders berüchtigt, aber auch Kennedy und Johnson bedienten sich zuweilen solcher Taktiken, von der sich die Amerikaner politische Vorteile im Nahen Osten versprachen. Amerikanische Diplomaten säten Zwietracht zwischen den Deutschen und den Israelis, ein leichtes Unterfangen, von dem letztlich weder die Bundesrepublik noch Israel profitierte. Im Bestreben, die Araber für das anti-kommunistische Lager zu gewinnen oder wenigstens ihre Annäherung an den Ostblock zu verhindern, legte der amerikanische Außenminister Dulles der Bundesrepublik nahe, nicht auf israelische Wünsche einzugehen, ohne daß dies in Jerusalem wahrgenommen wurde.

Doch die westliche Zusammenarbeit im Nahen Osten war alles andere als harmonisch, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Unter dem Deckmantel der Verteidigung westlicher Interessen und unter Ausnützung der arabischen Sympathien für die Bundesrepublik Deutschland eroberte diese in dieser Region immer mehr bisher von Großbritannien und Frankreich dominierte Märkte. Großbritannien und Frankreich hatten die Bundesrepublik bereits zuvor beschuldigt, sich stattliche Anteile des israelischen Marktes auf Kosten britischer und französischer Firmen gesichert zu haben.²⁴ Nun wiederholten sich diese Vorwürfe in schärferer Form hinsichtlich des ganzen Nahen Ostens. Die arabische Feindseligkeit gegenüber Israel und der gute Wille der Amerikaner, Briten und Franzosen für den jüdischen Staat wurde von der westdeutschen Wirtschaft geschickt ausgenutzt. Inwiefern und bei welchen Gelegenheiten die drei Großmächte Israel gegenüber guten Willen demonstrierten, liegt jenseits der hier behandelten Thematik. Hier soll nur festgehalten werden, daß beide deutschen Staaten davon profitierten.²⁵

Die Botschaft in Kairo charakterisierte die Aufgabe der Bundesrepublik im Nahen Osten wie folgt:

„Wenn die Position des Westens an diesem Schlüsselpunkt des Nahen Ostens nicht für immer an die Sowjetunion und ihre Satelliten – darunter in vorderster Linie die sog. DDR – verloren gehen soll, muß die Bundesrepublik in voller Verantwortung für die politische Aufgabe die ihr unfreiwillig zugefallene Rolle der von kolonialen Ressentiments unbelasteten führenden westlichen Wirtschaftsmacht ausfüllen.“²⁶

Auch die Vereinigten Staaten waren in dieser Hinsicht unbelastet, wegen ihrer als „imperialistisch“ empfundenen Politik und – bis zu jenem Zeitpunkt wenig ausgeprägter – proisraelischer Neigungen im Nahen Osten aber dennoch unbeliebt. Das Schilumimabkommen fügte dem guten Ruf der Bundesrepublik in der arabischen Welt enormen Schaden zu. Vor allem die „progressiven“ arabischen Staaten begannen Westdeutschland und Adenauer persönlich mit schweren Vorwürfen

²⁴ E.J.W. Barnes, Bonn, an F.A. Warner, London, vom 26. 7. 1955, PRO, FO 371/118407, WG 1571/3.

²⁵ Politischer Jahresbericht für 1953 vom 15. 3. 1954, PRO, FO371/109264; v. Waldow, Bagdad, an das AA vom 26. 7. 1955; deutsche Botschaft, Kairo, an das AA vom 5. 8. 1955; Vermerk für Referat 308 vom 21. 11. 1955, PA, 316, 81.01/1, 92.19; deutsche Botschaft, Djidda, an das AA vom 13. 8. 1957, PA, 708, 82.00–70, 92.19; Berthold Beitz an Robert Murphy vom 7. 3. 1956, IfZ-Archiv, ED 135/63; Savir an Meroz vom 28. 5. 1958, ISA, 300/7; ADENAUER, Teegespräche 1955–1958, Dok. Nr. 28 vom 20. 5. 1958.

²⁶ Deutsche Botschaft, Kairo, an das AA vom 12. 12. 1957, ISA, 300/7.

wegen „proisraelischer“ und „proimperialistischer“ Schritte zu überhäufen. Besonders deutlich trat die neue antideutsche Haltung in einer Artikelserie in der halbamtlichen Kairoer Zeitung *El-Ghumburiya* hervor. Die Vorwürfe waren zahllos: Die Bundesrepublik sei ein Instrument des Imperialismus, der Vereinigten Staaten und Israels. Westdeutschland werde diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen und diesem Staat noch mehr Geld zur Verfügung stellen. Adenauer sei projüdisch, während die deutsche Industrie in Wirklichkeit antiisraelisch sei.²⁷ Der Inhalt des letzten Artikel dieser Reihe läßt auf den eigentlichen Hintergrund schließen: Die DDR sei die wahre Freundin der Araber. Sie werde Israel nie anerkennen und diesem Staat kein Geld geben. Die Bundesrepublik dagegen sei den Arabern feindlich und den Juden freundlich gesinnt.

Erst eine Intervention des Botschafters beim Vorsitzenden des ägyptischen Parlaments, des späteren Staatspräsidenten Anwar Al Sadat, brachte die Zeitung zum Schweigen. Sadat veröffentlichte am 1. Juli 1956 in derselben Zeitung einen Artikel, der die offizielle Linie darlegte: Das Problem der Wiedervereinigung bedeute für die Deutschen, was Israel für die Araber bedeute. Die Deutschen haßten die Juden, könnten dies aber momentan nicht frei aussprechen, meinte Sadat und fügte hinzu, daß allein die Niederlage die Deutschen gezwungen habe, Zahlungen an Juden zu leisten, die zudem nur auf humanitärer Basis erfolgt seien. Das Verhältnis zwischen Deutschen und Ägyptern, so Sadat, sei von gegenseitiger Achtung geprägt. Er begründete dies damit, daß sich Deutschland keine Kolonien angeeignet habe, da die Deutschen nicht gerne auf Kosten anderer Völker lebten.²⁸

Der Zweite Weltkrieg hatte den arabischen Sympathien für Deutschland entscheidende Impulse gegeben. Dafür gibt es auch Anzeichen im hier behandelten Zeitraum. Rommels Witwe wurde nach dem Krieg in Libyen und Ägypten besonders herzlich empfangen²⁹, und der ehemalige Führer der NS-freundlichen Rebellion im Irak, Rashid Ali el-Quilani, wurde von vielen Irakern als Volksheld verehrt.³⁰ Solche Erscheinungen sind jedoch nicht zwingend als Indiz für NS-freundliche Tendenzen in arabischen Ländern zu werten, sondern eher als Symptome des Widerstands und der Abgrenzung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien und der von ihr verkörperten Werte. Diese antibritischen Ressentiments verwandelten sich nach dem Krieg zur Opposition gegen westliche Staaten, einschließlich Israel, und zu einem freundschaftlichem Verhältnis mit Deutschland als dem Hauptkontrahenten der Briten im Zweiten Weltkrieg. Auch die ehemalige Kollaboration des Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el-Husseini, mit Hitlerdeutschland und die Zusammenarbeit des Libanon mit Vichy-Frankreich wirkten sich zu Bonns Vorteil aus.

²⁷ Becker an das AA vom 2. und 15.–20. 6. 1956, PA, 1024, 92.19, 82.00–01.

²⁸ Sadat, Anwar: *Two Peoples*. In: *EL-GHUMHURIYA* (Kairo) vom 1. 7. 1956.

²⁹ *RHEINISCHE POST* (Düsseldorf) vom 20. 5. 1954; *CELLESCHER ZEITUNG* vom 9. 6. 1954; Hoops, Tripolis, an das AA vom 27. 8. 1957, PA, 708, 82.00–70, 92.19.

³⁰ Die deutsche Gesandtschaft, Bagdad, an das AA vom 2. 8. 1955, PA, 316, 81.00/1, 92.19.

3. Lösungsversuche für das Flüchtlingsproblem in Palästina

Beim Studium der deutsch-israelischen Beziehungen stößt man unweigerlich auch auf die deutsch-arabische und israelisch-arabische Verwicklung, die von den westdeutschen Regierungsämtern stets als besondere Belastung empfunden wurde. Die Bundesregierung versuchte sich von dieser Last unter anderem durch die Suche nach einer umfassenden Friedenslösung im Nahen Osten zu befreien. Ein Erfolg in diesem Bereich wäre von unschätzbarem Wert gewesen: Man stelle sich vor, Westdeutschland, der Nachfolgestaat des Dritten Reiches als Friedensstifter zugunsten der Juden!

Bundeskanzler Adenauer bekundete anhaltendes Interesse an Möglichkeiten der Friedensstiftung zwischen Israelis und Arabern. Diesbezügliche Vorschläge oder Vorstöße gingen möglicherweise von Goldmann aus, der mit Adenauer ein freundschaftliches Verhältnis unterhielt. Doch Goldmann war offensichtlich der falsche Mann für Vermittlerdienste: Seine gemäßigten Ansichten wurden in Israel nicht geschätzt und von den Militärkreisen um Ben Gurion abgelehnt. So wurden Adenauers Vorstöße von Israel nur zögerlich beantwortet.³¹ Ob sich Adenauer auch an die arabische Seite wandte und wie diese darauf reagierte, geht aus den vorliegenden Dokumenten nicht hervor.³² Die arabische Welt schien zu jener Zeit nicht zu einer Versöhnung mit Israel bereit zu sein, so daß Adenauer in dieser Richtung schwerlich Fortschritte erzielen konnte. Die israelische Regierung war zudem eher an direkten Gesprächen, von Angesicht zu Angesicht, als an fremder Vermittlung interessiert. Solche Gespräche, hofften die Israelis, würden zu einer De-facto-Anerkennung des jüdischen Staates durch die Araber führen.

Bei Eisenhower hatte Adenauer, der nach israelischer Ansicht israelfreundlichere Standpunkte vertrat als die Amerikaner, offensichtlich mehr Erfolg mit seinem Anliegen.³³ Im zweiten Halbjahr 1954 legten die Amerikaner und Briten einen eigenen Friedensplan für den Nahen Osten vor, der vom Auswärtigen Amt aufmerksam verfolgt wurde.³⁴ Der Vorstoß, bekannt als „Alpha-Plan“, schlug einen Kompromiß in der Territorialfrage und verschiedene Lösungen für die anderen israelisch-arabischen Gegensätze, darunter auch das Problem der arabischen Flüchtlinge, vor. Als Hauptpartner der arabischen Seite war Ägypten unter Oberst Nasser vorgesehen.³⁵ Ein Bestandteil des Alpha-Plans war die Verwen-

³¹ Ilisar an Najar und Rafael vom 5. 5. 1954, ISA, 2532/11.

³² Die israelische Tageszeitung Haaretz zitiert den deutschen Historiker Wolfgang Schwannitz, der Dokumente zu den – teilweise erfolgreichen – deutschen Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und Ägypten vorgelegt hat. Der deutsche diplomatische Vorstoß soll schließlich an Versäumnissen der israelischen Regierung gescheitert sein: HAARETZ vom 20. 7. 2001 und vom 1. 2. 2002.

³³ Ilisar an Najar und Rafael vom 5. 5. 1954, ISA, 2532/11. Zu den israelisch-amerikanischen Beziehungen: ALTARAS, Eisenhower and Israel; SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict; BRECHER, The foreign policy system of Israel; RAFAEL, Destination Peace.

³⁴ Voigt an die deutsche Botschaft in London vom 19. 10. 1954, PA, 210.01/E, Bd. 8.

³⁵ Dulles an Eisenhower vom 19. 8. 1955 mit dem Vermerk „streng geheim“, Eisenhower Library, John Foster Dulles Papers 1951–1959, JFD Chronological Series, Box No. 12, August 1955 (3).

derung eines Teil der Schilumimgelder für die Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge.³⁶

Im Verlauf des israelischen Unabhängigkeitskrieges hatte ein Teil der arabischen Bevölkerung ihre Heimat verlassen. Sie war entweder aus eigenem Antrieb geflüchtet oder mit Gewalt vertrieben worden. Israel wollte die Rückkehr der Flüchtlinge nicht gestatten, erklärte sich jedoch bereit, sie zu entschädigen. Auf dieser Bereitschaft beruhten die Überlegungen der Bundesregierung, einen Teil der Schilumim zur Linderung des arabischen Flüchtlingselends zu verwenden. Mit der Einbindung der Schilumim in den Alpha-Plan erhoffte man sich eine Lösung des Flüchtlingsproblems, ohne die eine Beilegung des Nahostkonflikts nicht möglich war.

Nahum Goldmann unterstützte den Plan „Flüchtlinge gegen Schilumim“, und es gelang ihm, dafür mindestens auch Sharett's Zustimmung zu gewinnen. Solange Sharett's politischer Einfluß anhielt, konnte Goldmann versuchen, die Umsetzung des Planes voranzutreiben.³⁷ Sharett erklärte sich bereit, den Plan dem Kabinett vorzulegen, wollte sich aber von den Deutschen nicht unter Druck setzen lassen. Jede ausdrückliche Verbindung zwischen den Schilumim und der Entschädigung für Flüchtlinge, befürchtete er, würde in Israel einen Sturm der Entrüstung auslösen. Goldmann zufolge war Bonn nicht bereit, über einen anderen (schilumimunabhängigen) Vorschlag zu verhandeln. Dies geschah mit der Begründung, man habe genug getan für Israel und wolle die Araber nicht mit weiterer Hilfe für den jüdischen Staat verärgern. Obgleich verschiedene Fragen auch im Alpha-Plan unbeantwortet blieben, soll Bundeskanzler Adenauer dem Plan im allgemeinen und besonders der Entschädigung der Flüchtlinge als Weg zur Lösung des Nahostkonflikts große Bedeutung beigemessen haben. Dies geht jedenfalls aus einer Mitteilung hervor, die Blankenhorn Ende August 1955 an Goldmann sandte. Hierin hieß es: „Was den Bundeskanzler besonders interessiert, ist die teilweise Verwendung der deutschen Leistung für die arabischen Flüchtlinge, denn damit würde vielleicht die Gelegenheit geschaffen, den aus vielen Gründen so dringend notwendigen Ausgleich zwischen Israel und der arabischen Welt herbeizuführen.“³⁸

Doch Adenauer schätzte den israelischen Standpunkt offensichtlich falsch ein. Die Israelis zögerten, und der deutsche Druck war wenig hilfreich. In der gegenwärtigen Situation, so Josephthal an Goldmann, könne man von Israel kein solches Angebot erwarten.³⁹ Im Vorfeld der deutschen Botschafterkonferenz in Istanbul kam Goldmann dann noch einmal auf den Vorschlag zurück.⁴⁰ Außer Goldmann glaubte jedoch niemand mehr an den Alpha-Plan.

Nach dem Scheitern des Alpha-Plans versuchte die Bundesregierung durch eine Verstärkung ihres Beitrages zum Hilfswerk der UN für arabische Flüchtlinge aus Palästina im Nahen Osten (UNRWA) zu einer Lösung der Flüchtlingsfrage in

³⁶ SHALOM, Tguvath ma'atzmoth.

³⁷ Goldmann an Sharett vom 13. 2. und 10. 3. 1954, CZA, Z 6/888; Sharett an Goldmann vom 25. 2. 1954, ISA, 168/54.

³⁸ Blankenhorn an Goldmann vom 23. 8. 1955, CZA, Z 6/2000.

³⁹ Josephthal an Goldmann vom 13. 11. 1955, CZA, Z 6/2001.

⁴⁰ Goldmann an Blankenhorn vom 23. 3. 1956, CZA, Z 6/2001.

Palästina beizutragen. Das Hilfswerk war 1950 gegründet worden. Bonn zahlte zunächst – noch vor der Abstimmung über das Schilumimabkommen im Bundestag – einen Anfangsbetrag von DM 100 000. Bis zum Jahr 1957 belief sich der jährliche Beitrag auf DM 70 000. In jenem Jahr forderte die arabische Seite eine Erhöhung des Betrags und wurde dabei vom deutschen Vertreter bei der UNO, Broisch, unterstützt. Dieser begründete seine Auffassung in einer Stellungnahme an das Auswärtige Amt, in der er anführte, daß der westdeutsche Beitrag helfen werde, das Flüchtlingselend zu lindern. Er sei zudem als ein Ausgleich zu den Schilumim anzusehen. Er verbessere das Ansehen der Bundesrepublik in der UNO und biete Gelegenheit, die anglo-amerikanische Hilfe für Deutschland, das selbst zahllose Flüchtlinge versorgen müsse, moralisch zu kompensieren. Außerdem vertrat Boisch die Ansicht, daß sich die Bundesrepublik eine solche Spende auch finanziell ohne weiteres leisten könne. Er wies aber darauf hin, daß Deutschland sich nicht darauf einlassen sollte, die Flüchtlinge direkt zu unterstützen. Schließlich sei man am UNO-Beschluß, der dieses Problem ursprünglich herbeigeführt habe, nicht beteiligt gewesen. Die Bundesregierung beschloß daraufhin, ihren UNRWA-Beitrag auf DM 800 000 zu erhöhen.⁴¹ Nachdem auch dieser Betrag von arabischer Seite mit dem Argument kritisiert wurde, Westdeutschland sei großzügig gegenüber den Juden und geizig gegenüber den Arabern, beschloß die Bundesregierung eine weitere Erhöhung auf DM 1 000 000.⁴² 1959 zahlte sie einen zusätzlichen Betrag von DM 346 000. Als 1961 mehrere deutsche Firmen beschlossen, ihre ehemaligen Zwangsarbeiter zu entschädigen, beugte die Bundesregierung arabischen Protesten und etwaigen Gegenmaßnahmen der Boykottbüros mit zusätzlichen Zahlungen an das Flüchtlingswerk vor.⁴³ Die jährlichen Beiträge blieben davon unberührt. Die Kombination von palästinensischem Exodus und den Auswirkungen des Holocaust war offensichtlich profitabel.

Vom arabischen Flüchtlingsproblem kaum zu trennen war die jüdische Einwanderung nach Eretz Israel („das Land Israel“ – Palästina). Der politische Mainstream in Westdeutschland und Konrad Adenauer standen der jüdischen Nationalbewegung – dem Zionismus – wohlwollend gegenüber. Übersehen wurde dabei jedoch, daß diese Haltung zu einer Belastung für die Beziehungen zur arabischen Welt führen mußte. Denn Zionismus galt im arabischen Vokabular als Schimpfwort, war eine Kurzformel für die unmittelbare Gefahr der Vertreibung der palästinensischen Araber und für eine vermeintliche Bedrohung für die gesamte arabische Welt. Für die Flüchtlinge bedeutete die jüdische Einwanderung noch mehr Entwurzelung und eine weitere Stärkung des jüdischen Staates. Der Kampf um die jüdische Einwanderung nach Israel wurde als entscheidend betrachtet. Die Israelis wünschten einen möglichst großen Bevölkerungszustrom, die Araber wollten ihn stoppen. Beide Seiten versuchten, andere Länder in diesen Konflikt hineinzuziehen, darunter auch die Bundesrepublik. Doch Bonn blieb

⁴¹ Der UNO-Vertreter Broisch an das AA vom 22. 5. 1957, PA, 708, 81.00/1–39, 92.19.

⁴² Voigt an das Referat 300 vom 3. 10. 1958, PA, 708, 81.15/0, 92.19, 2692/58.

⁴³ Werner, Damaskus, an das AA vom 7. 8. 1961, PA, 708, 83.00–92.19.

vorsichtig. Als Rumänien 1959 der jüdischen Emigration die Tore öffnete und die israelische Regierung dringend Geld für die Eingliederung der Neueinwanderer brauchte, stellte sich das Auswärtige Amt aus politischen Gründen gegen jede Form der Unterstützung. Man wollte auf keinen Fall die Araber verärgern.⁴⁴ Ein erneutes israelisches Gesuch anlässlich der jüdischen Einwanderung aus Marokko in den frühen sechziger Jahren wurde ebenfalls abgelehnt. Bonn war sich der Empfindlichkeiten der arabischen Seite bewußt und hielt an seiner vorsichtigen Politik fest.⁴⁵

4. Das deutsch-israelisch-arabische Dreiecksverhältnis und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Das Dreiecksverhältnis Deutschland, Israel und die Araber spielte, wie schon mehrmals ausgeführt, in der Diskussion über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel eine Rolle. Arabische Vertreter mußten von Bonn stets von neuem überzeugt werden, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht unmittelbar bevorstehe und daß die Kontakte zum jüdischen Staat nicht als unfreundlicher Akt gegenüber den Arabern zu verstehen seien. Das Gegenargument, das die Anerkennung der DDR durch arabische Staaten und die Anerkennung Israels durch Westdeutschland auf eine Ebene stellte, wurde kategorisch zurückgewiesen – vergeblich. Blankenhorn beschuldigte Voigt persönlich, die Bundesregierung überzeugen zu wollen, daß diplomatische Beziehungen zu Israel mit unabsehbaren Folgen für die Bundesrepublik verbunden seien. Israel, so Blankenhorn, könne Beziehungen mit Staaten im Westen und im Osten unterhalten, „nur wir scheuen uns aus Angst vor einer etwaigen Anerkennung der DDR davor“.⁴⁶ Blankenhorn sprach nur aus, was im Auswärtigen Amt aus rationalen und emotionalen Gründen schon gang und gäbe war, nämlich die Juden und Araber auf eine Ebene zu stellen. Dies führte unter anderem zu einer stärkeren Gewichtung sowohl der arabischen Staaten als auch der Arabischen Liga in der westdeutschen Außenpolitik.

In den frühen fünfziger Jahren weigerte sich das Auswärtige Amt, die Liga als gleichwertigen Dialogpartner anzuerkennen. Von Welck meinte, die Liga sei nicht als politische Einheit im Sinne des internationalen Rechts zu werten und ein ausgedehnter Dialog mit ihr sei somit unerwünscht.⁴⁷ Andere Vertreter äußerten sich ähnlich. Erst gegen Ende des Jahrzehnts wurde der Status der Liga allmählich aufgewertet. Die Dokumente des Auswärtigen Amtes vermitteln ein nicht besonders positives Urteil über die Araber, hinter dem sich zum Teil auch Vorurteile verber-

⁴⁴ Haas an den Staatssekretär vom 10. 3. 1959, PA 131/II, Ministerbüro, MB 708; Goldmann an Erhard vom 6. 4. 1959; Etzel an Goldmann vom 14. 4. 1959, CZA, Z 6/2034.

⁴⁵ Der deutsche Botschafter in Rabat/Marokko, an das AA vom 8. 3. 1961 und das AA an den deutschen Botschafter in Rabat/Marokko vom 27. 3. 1961, PA, 1033, 708, 82.59, 92.19.

⁴⁶ BLANKENHORN, Verständnis, S. 364.

⁴⁷ Von Welck an die Botschaft in Kairo vom 5. 3. 1955, PA, 316, 81.00/1, 92.19.

gen. Man stößt auf abschätzig Bezeichnungen wie „Orientale“ und kritische Äußerungen über die „emotionale und irrationale Einstellung“ arabischer Vertreter zu gewissen Fragen, vor allem im Zusammenhang mit Israel.⁴⁸ Die Aktivitäten arabischer Studenten wurden genau verfolgt und ihre Demonstrationen streng überwacht. Die antiarabischen Vorurteile bildeten ein Gegengewicht zu den anti-jüdischen Vorurteilen und wirkten sich in gewissen Fällen auch einseitig zu Israels Gunsten aus. Gelegentliche anti-jüdische Tendenzen der Araber wurden im Auswärtigen Amt oft mit Vorbehalt aufgenommen. Der Ausgang des israelisch-arabischen Tauziehens in Bonn blieb also trotz erheblichen Gewichts der arabischen Seite ungewiß. Objektiv betrachtet, waren die Chancen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel beschränkt, solange die Bundesregierung nicht bereit war, die Entschlossenheit der arabischen Seite auf die Probe zu stellen. Dieses aber versuchte Bonn zu vermeiden, wie am Beispiel der Beziehungen zu Ägypten gezeigt werden soll.

Ägypten stand im Mittelpunkt des westdeutschen Interesses, sehr zum Mißfallen der israelischen Regierung, die wiederholt gegen die wirtschaftliche, politische und militärische Hilfe der Bundesrepublik für Ägypten protestierte. Bonns pro-ägyptische Politik wurde in Jerusalem als israelfeindlich betrachtet. Tatsächlich achtete das Auswärtige Amt sehr genau auf die Stimmen aus Kairo und maß ihnen erhebliches Gewicht bei. Gleichzeitig profilierten sich westdeutsche Diplomaten in Kairo als treue Fürsprecher ihres Gastlandes.⁴⁹ Präsident Nasser verstand es, seine westdeutschen Gesprächspartner an der empfindlichsten Stelle zu treffen. Er sprach vor allem über das geteilte Palästina, und der Wink mit dem Zaunpfahl war mehr als deutlich. Jedes Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung, ein Recht auf Wiedervereinigung und ein Recht auf Heimat. Er werde nicht zulassen, so Nasser, daß der legitime deutsche Anspruch auf Wiedervereinigung verletzt werde.⁵⁰ Deshalb blockierte der ägyptische Staatschef verschiedene Vorstöße der DDR auf Konferenzen der Blockfreien und in diversen anderen Foren der Dritten Welt und afrikanischer Staaten. Ägypten verzichtete zwar nicht auf enge Beziehungen zu Ostdeutschland, achtete aber streng darauf, die Grenze zur Anerkennung nicht zu überschreiten, was in Bonn gebührend zur Kenntnis genommen wurde. Die Bundesregierung war bereit, Nasser dafür auch zu entschädigen. Zuoberst auf der ägyptischen Wunschliste stand die Übertragung des westdeutschen Wiedervereinigungspostulats auch auf das geteilte Palästina bzw. auf das geteilte und diskriminierte arabische Volk von Palästina. Andernfalls drohte Nasser mit der Anerkennung der DDR.⁵¹ Nassers Drohung war unmissverständlich. Nicht zuletzt hierauf ist es zurückzuführen, daß die Bundesregierung in Krisen, etwa während der Berlinkrise, versuchte, sich das ägyptische Wohlwollen mit politischen

⁴⁸ Vgl. etwa „Die Nahostkonferenz in Istanbul“ vom 3.–7. 4. 1956; Geheimer Bericht von Generalkonsul Voigt über die Lage im Nahen Osten und zur Israelfrage, PA, BST6, Bd. 339; Beiträge von Grewe, Nöhring, von der Esch und Hallstein, PA, BST6, Bd. 340; Eröffnungsrede von Staatssekretär Hallstein, PA, 627/56, Staatssekretär, Bd. 162.

⁴⁹ Savir an Bendor über seine Gespräche mit Voigt vom AA vom 17. 10. 1961, ISA, 301/17.
⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Savir an Bendor vom 17. 10. 1961, ISA, 3309/15.

Gesten, Krediten, Wirtschaftshilfe und allen möglichen gesellschaftspolitischen Anreizen zu erkaufen.

Man stellt eine gewisse Diskrepanz fest zwischen der Haltung der Beamten des Auswärtigen Amtes und den Standpunkten der politischen Entscheidungsträger. Adenauer brachte Nasser, wie bereits dargelegt, keine besonders hohe Achtung entgegen. Die Ägypter erkannten dies und reagierten entsprechend. Die Artikelserie in der *El-Ghumburiya* ist nur ein Beispiel. Trotzdem verhielt sich Bonn dem wichtigsten arabischen Staat gegenüber sehr vorsichtig. Schritte zur Anerkennung der DDR, auf die Bonn bei Staaten wie Ceylon (dem heutigen Sri Lanka)⁵² und Sansibar (gehört seit 1964 zu Tansania)⁵³ mit scharfen Gegenmaßnahmen reagierte, wurden bei Ägypten toleriert. Anfang Januar 1959 besuchte der ostdeutsche Ministerpräsident Otto Grotewohl Ägypten, Syrien und den Irak, um über die Errichtung diplomatischer Vertretungen auf der Stufe von Generalkonsulaten zu verhandeln. Ägypten gab sich aus Rücksicht auf die Bundesrepublik anfänglich zurückhaltend, stimmte jedoch schließlich der Errichtung eines DDR-Generalkonsulats in Kairo, angeführt von einem Diplomaten mit dem persönlichen Rang des Botschafters, zu. Dies war eine klare Verletzung des Alleinvertretungsanspruches, doch Bonn zog es vor, darüber hinwegzusehen – und rechtfertigte dies mit allerlei Ausreden: Es handle sich nicht um eine Botschaft, der Konsul habe keine förmliche Erlaubnis, seine Befugnisse auszuüben, sein Rang sei dem Rang Shinars ähnlich usw.⁵⁴ Der ostdeutsche Botschafter in Ägypten vertrat sein Land schließlich gegenüber all jenen arabischen Staaten, die bereit waren, mit ihm zu kommunizieren. Die Bundesrepublik billigte den Vergleich zwischen der Israel-Mission in Köln und dem DDR-Generalkonsulat in Kairo, indem sie davon ausging, daß Ägypten den Status Quo beibehalten werde, solange Bonn am bisherigen Verhältnis zu Israel festhalte. Das Generalkonsulat der DDR in Kairo wurde am 24. September 1959 eröffnet.⁵⁵

Kairo machte also gegenüber beiden deutschen Staaten und beiden Blöcken vom israelischen Trumpf Gebrauch und preßte dabei allen Beteiligten Zugeständnisse ab. Ostdeutschland blieb ohne formale Anerkennung, und Westdeutschland mußte sich mit dem DDR-Konsulat in Kairo abfinden. Ägypten profitierte von beiden Seiten, Israel ging leer aus. Die Ägypter erhielten großzügige Wirtschaftshilfe sowohl vom Osten als auch vom Westen. Das ägyptische Beispiel machte Schule, und bald wußten auch die Syrer und Iraker, wie man gleichzeitig zwei Kühe melkt. Alle anderen arabischen Staaten spielten eine untergeordnete Rolle. Obwohl Israel extrem feindlich gesinnt, wollte man sich dort der guten Beziehungen zur Bundesrepublik wegen nicht auf das Doppelspiel Ägyptens und auch Syriens einlassen.

⁵² AAPD 1964, Bd. 1, Dok. Nr. 40, S. 188–189, Nr. 86, S. 392–394, Bd. 2, Dok. Nr. 228, S. 957–958.

⁵³ AAPD 1964, Bd. 1, Dok. Nr. 53, S. 266–269.

⁵⁴ Von Brentano an Adenauer vom 18. 9. 1959, BArch, N 1239/157; Meroz an Eytan vom 21. 9. 1959, ISA, 301/19.

⁵⁵ Savir an Meroz und Meroz an Savir vom 23. 9. 1959, ISA, 3099/22; AAPD 1964, Bd. 2, Dok. 242, S. 998–1000 und Dok. 280, S. 1145, Fußnote 10.

Die israelisch-arabisch-deutsche Konfrontation hatte viele Gesichter und durchlief manche Stationen. Den Folgen des Nahostkonflikts mehrfach ausgesetzt, orientierte die Bundesrepublik ihre Israel-Politik auch am arabisch-israelischen Verhältnis, freilich ohne dies öffentlich einzugestehen. Ein umfassendes Studium der jüdisch-israelisch-deutschen Beziehungen nach dem Holocaust muß demnach auch den israelisch-arabischen Konflikt berücksichtigen.

